

Niederschrift
über die 11. Sitzung des Gesundheitsausschusses
am 19.09.2016 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dickmann, Bernd
Herbrecht, Wilhelm
Isenmann, Walburga (für Meies)
Loepp, Helga
Mucha, Constanze
Nabbefeld, Michael
Naumann, Jochen
Schavier, Karl
Wirtz, Axel, MdL (für Dr. Schlieben)

SPD

Berten, Monika
Heinisch, Iris
Kiehlmann, Peter
Recki, Gerda (für Arndt)
Schmidt-Zadel, Regina
Schulz, Margret (Vorsitzende)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Barion, Katrin
Beck, Corinna
Kresse, Martin

FDP

Grün, Rainer
Haupt, Stephan (für Dr. Strack-Zimmermann)

Die Linke.

Hamm, Gudrun

Freie Wähler/Piraten

Alsdorf, Georg

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski, LVR-Dezernentin "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen"

Heister, LVR-Fachbereichsleiter "Personelle und organisatorische Steuerung"

Lüder, LVR-Fachbereichsleiter "Maßregelvollzug"

Stephan-Gellrich, LVR-Fachbereichsleiterin "Planung, Qualität und Innovationsmanagement"

Thewes, LVR-Fachbereichsleiter "Wirtschaftliche Steuerung"

Landorff, LVR-Fachbereich "Kommunikation"

Steinhoff, LVR-Stabsstelle "Gleichstellung und Gender Mainstreaming"

Groeters, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung" (Protokoll)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 10. Sitzung vom 17.06.2016
3. Stipendienprogramm des LVR-Klinikverbundes zur Förderung von Medizinstudierenden **14/1335 B**
4. Finanzielle Beteiligung des LVR an der "Stiftung Anerkennung und Hilfe" und Weiterführung der Anlauf- und Beratungsstelle für das Rheinland **14/1442 E**
5. Jährlicher Bericht zu den Suizidfällen in den LVR-Kliniken **14/1446 K**
6. Zwangsmaßnahmen in den LVR-Kliniken
hier: Fixierungen und Isolierungen in den LVR-Kliniken **14/1447 K**
7. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG NRW)
hier: Gemeinsame Stellungnahme der beiden Landschaftsverbände im Rahmen des öffentlichen Anhörungsverfahrens **14/1502 K**
8. Befristete Beschäftigungsverhältnisse 2015 **14/1277 K**
9. Bericht der Verwaltung im Rahmen der Landesinitiative "Vielfalt verbindet!" für den Zeitraum 5/2015 - 5/2016 **14/1508 K**
10. Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention:
Bewertung und weiteres Vorgehen des LVR zum Thema Elternschaft von Menschen mit Behinderungen (Ziffer 44 b der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses) **14/1181 K**
11. Anträge und Anfragen der Fraktionen
- 11.1. Lebensdauerkosten bei Bauten berücksichtigen **Antrag
14/126 FDP E**
- 11.2. Fachhochschule des LVR für Soziales und Gesundheit prüfen **Antrag
14/127 FDP E**
12. Beschlusskontrolle
13. Mitteilungen der Verwaltung
14. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

15. Niederschrift über die 10. Sitzung vom 17.06.2016

- 16. Personalmaßnahmen
- 16.1. Bestellung zur Ärztlichen Direktorin im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Düsseldorf - Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf **14/1453 B**
- 16.2. Wiederbestellung zum Stellvertreter der Ärztlichen Direktion im Klinikvorstand der LVR-Klinik Bedburg-Hau **14/1435 B**
- 16.3. Besetzung der Stellvertretenden Pflegedirektion im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Düsseldorf **14/1408 B**
- 16.4. Wiederbestellung zum Stellvertreter der Pflegedirektion im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Essen **14/1365 B**
- 16.5. Wiederbestellung zur Ärztlichen Direktorin im Klinikvorstand der LVR-Klinik Köln **14/1393 B**
- 16.6. Wiederbestellung zur Stellvertreterin der Pflegedirektion im Klinikvorstand der LVR-Klinik Langenfeld **14/1330 B**
- 16.7. Wiederbestellung zum Kaufmännischen Direktor und Vorsitzenden des Klinikvorstandes der LVR-Klinik Langenfeld **14/1390 B**
- 17. Maßregelvollzug
- 17.1. Aktueller Bericht
- 17.2. Belegungssituation im Maßregelvollzug
- 18. Anträge und Anfragen der Fraktionen
- 19. Beschlusskontrolle
- 20. Mitteilungen der Verwaltung
- 21. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:15 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	10:30 Uhr
Ende der Sitzung:	10:30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende die Mitglieder des Gesundheitsausschusses, die Gäste und die Verwaltung zu der heutigen Sitzung.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Herr Nabbefeld beantragt, die Anträge der FDP-Fraktion Nr. 14/126 und Nr. 14/127 ohne Votum in die Sitzung des Landschaftsausschusses zu verschieben.

Dem Antrag wird zugestimmt.

Der Tagesordnung für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 19.09.2016 wird mit diesen Änderungen zugestimmt.

Punkt 2

Niederschrift über die 10. Sitzung vom 17.06.2016

Herr Nabbefeld informiert, Herr Meies werde in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses über die Partnerschaft von Viersen mit der Ukraine berichten. Zurzeit befinde sich Herr Meies auf Partnerschaftsbesuch in der Ukraine.

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Stipendienprogramm des LVR-Klinikverbundes zur Förderung von Medizinstudierenden Vorlage 14/1335

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der Vorlage 14/1335 für den LVR-Klinikverbund das Stipendienprogramm zur Förderung von Medizinstudierenden für weitere vier Jahre ab dem 01.01.2017 fortzuführen.

Punkt 4

Finanzielle Beteiligung des LVR an der "Stiftung Anerkennung und Hilfe" und Weiterführung der Anlauf- und Beratungsstelle für das Rheinland Vorlage 14/1442

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gem. Vorlage Nr. 14/1442 beauftragt, für die finanzielle Beteiligung des LVR an der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ insgesamt 1,6 Millionen Euro in die Haushalte 2017 bis 2021 entsprechend der in der Vorlage genannten Verteilung einzustellen.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt, die Anlauf- und Beratungsstelle für das Rheinland in bisheriger Form für die Laufzeit der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ weiter zu betreiben und personell ggfls. an sich ändernde Anforderungen anzupassen.

Punkt 5

Jährlicher Bericht zu den Suizidfällen in den LVR-Kliniken

Vorlage 14/1446

Frau Schmidt-Zadel führt aus, es sei positiv zu vermerken, dass die Anzahl der Suizidversuche und Suizide kontinuierlich zurückgegangen sei. Viele Suizide ereigneten sich auch außerhalb der LVR-Kliniken. Sie regt an, aus den LVR-Kliniken zu berichten, welche weiteren Präventionsmaßnahmen es gebe.

Herr Nabbefeld stimmt dem zu. Es stelle sich auch die Frage, inwieweit Suizidprävention durch bauliche-atmosphärische Maßnahmen sichergestellt werden könne.

Die weitere Diskussion fasst die Vorsitzende dahingehend zusammen, dass in einer der nächsten Sitzungen des Gesundheitsausschusses berichtet werden solle, welche weiteren Präventionsmaßnahmen im Klinikverbund praktiziert werden.

Der Bericht zu den Suizidfällen 2015 in den LVR-Kliniken wird gemäß Vorlage 14/1446 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Zwangsmaßnahmen in den LVR-Kliniken

hier: Fixierungen und Isolierungen in den LVR-Kliniken

Vorlage 14/1447

Frau Schmidt-Zadel hebt hervor, es sei positiv zu bemerken, dass die Anzahl der Fixierungen zurückgegangen sei. Besondere Beachtung müsse der Fixierung von Kindern und Jugendlichen sowie von gerontopsychiatrisch erkrankten Menschen geschenkt werden.

Herr Nabbefeld betont, dass im Vergleich zu vergangenen Jahren die Anzahl der Fixierungen zurückgegangen sei. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den LVR-Kliniken leisteten eine fachlich hochwertige und verantwortungsvolle Arbeit.

Herr Kresse führt aus, für den Landschaftsverband Rheinland sei es ein vorrangiges Ziel, die Menschenrechte zu sichern und Fixierungen und Zwangsmaßnahmen auf das notwendige Maß zu beschränken. Hier sei der Landschaftsverband Rheinland auf einem guten Weg und könne sich in einem deutschlandweiten Vergleich durchaus sehen lassen. Wichtig sei die Entwicklung von neuen Konzepten zur Gewaltvermeidung und zur Deeskalation. Eine gute Möglichkeit werde in den offeneren Formen der Unterbringung nach dem neuen PsychKG NRW gesehen. Desweiteren nimmt er Bezug auf den Vortrag von Frau Dr. Joksimovic in einer der letzten Sitzungen des Gesundheitsausschusses und stellt fest, dass in der Psychiatrie die Flüchtlinge, die teilweise traumatisiert seien und die deutsche Sprache nicht beherrschten, eine besondere Herausforderung seien. Das spezialisierte LVR-Angebot für schwer traumatisierte Flüchtlinge am LVR-Klinikum Düsseldorf habe eine Vorbildfunktion und eine gute Vernetzung im Klinikverbund sei voranzubringen.

Frau Wenzel-Jankowski antwortet, es lasse sich feststellen, dass die Anzahl der Fixierungen im Vergleich zu den vergangenen Jahren stagnierend sei. Hierfür gebe es insbesondere folgende Gründe:

- fehlende Möglichkeit zur Zwangsmedikation nach dem PsychKG NRW,
- schwer traumatisierte Migrantinnen und Migranten,

- schwer chronisch kranke Menschen.

Als Strategien zur Reduzierung von Zwangsmaßnahmen würden Behandlungskonzepte wie Safewards, Vier-Stufen-Immobilisation, Adherence, Systemische Behandlungskonzepte, Soteria-Elemente, Nachtcafés, Familiäre Pflege, Recovery-Orientierung und Genesungsbegleitung weiterentwickelt und eingesetzt. Zur Familialen Pflege werde es in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 09.12.2016 einen Bericht geben. Daneben finde eine Erprobung der offeneren Formen der Unterbringung nach dem neuen PsychKG NRW statt. Sobald es neue Entwicklungen zu den Konzepten gebe, werde sie entsprechend berichten.

Der Bericht zu Zwangsmaßnahmen in den LVR-Kliniken wird gemäß Vorlage 14/1447 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG NRW)

hier: Gemeinsame Stellungnahme der beiden Landschaftsverbände im Rahmen des öffentlichen Anhörungsverfahrens

Vorlage 14/1502

Frau Schmidt-Zadel informiert, mittlerweile habe die Anhörung zu dem PsychKG NRW im Landtag NRW stattgefunden. Dazu hätten die Landschaftsverbände eine gute Stellungnahme erarbeitet. Es seien immer noch Verbesserungen an dem Gesetzentwurf erforderlich. Sie bittet, die örtlichen Landtagsabgeordneten weiterhin für die Problematik zu sensibilisieren, damit der Gesetzentwurf im Sinne der Patientinnen und Patienten weiter verbessert werde.

Die Vorsitzende ergänzt, für die dem Landschaftsverband Rheinland anvertrauten Menschen müsse die beste Lösung gefunden werden.

Die gemeinsame Stellungnahme der beiden Landschaftsverbände zum "Zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG NRW)" im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtages NW wird gemäß der Vorlage 14/1502 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Befristete Beschäftigungsverhältnisse 2015

Vorlage 14/1277

Der Bericht zur Entwicklung und zum aktuellen Stand der befristeten Beschäftigungsverhältnisse wird gemäß Vorlage 14/1277 zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Bericht der Verwaltung im Rahmen der Landesinitiative "Vielfalt verbindet!" für den Zeitraum 5/2015 - 5/2016

Vorlage 14/1508

Herr Nabbefeld bittet, in einer der nächsten Sitzungen des Gesundheitsausschusses über die Umsetzung des Konzeptes "Einarbeitung ausländischer Ärztinnen und Ärzte in den LVR-Kliniken" zu berichten.

Die Verwaltung sagt dieses zu.

Der Bericht der Verwaltung im Rahmen der Landesinitiative "Vielfalt verbindet!" für den Zeitraum 5/2015 - 5/2016 wird gemäß Vorlage Nr. 14/1508 zur Kenntnis genommen.

Punkt 10

Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Bewertung und weiteres Vorgehen des LVR zum Thema Elternschaft von Menschen mit Behinderungen (Ziffer 44 b der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses) Vorlage 14/1181

Auf Frage von Herrn Kresse antwortet Frau Wenzel-Jankowski, im HPH-Bereich gebe es im ambulant betreuten Wohnen in sieben Fällen eine Elternschaft von behinderten Menschen. Im Bereich der sozialen Rehabilitation sei ein Fall recherchiert worden.

Frau Schmidt-Zadel führt aus, die Thematik würde auch nochmals intensiv im Inklusionsausschuss und in der dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe aufgearbeitet. Darüberhinaus befasse sich auch das Bundesteilhabegesetz mit dieser Problematik.

Die Bewertung und das weitere Vorgehen des LVR zum Thema Elternschaft von Menschen mit Behinderungen (vgl. Ziffer 44 b der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses) werden gemäß Vorlage 14/1181 zur Kenntnis genommen.

Punkt 11

Anträge und Anfragen der Fraktionen

Herr Kresse hebt hervor, im Gesundheitsausschuss sei mehrfach das "Projekt Udo Klausas" angesprochen worden. Die Präsentation der Ergebnisse der Studie finde am 27.10.2016, 18:00 Uhr, im Landeshaus, statt. Udo Klausas Verhältnis zum NS-Gedankengut habe die "Entnazifizierung" in der Kommunalverwaltung im Rheinland sowie die Psychiatriegeschichte von 1953 bis 1975 des Landschaftsverbandes Rheinland geprägt. Herr Kresse erinnert kurz, dass auf Grund des äußeren Drucks im Rahmen der Aufstellung der "Grauen Busse" der Gesundheitsausschuss aufgefordert gewesen sei, sich mit der Vergangenheit von Udo Klausas zu befassen. Die Wahrung von Menschenrechten sei schon immer ein zentrales Anliegen des Landschaftsverbandes Rheinland gewesen. Es sei darauf hinzuweisen, dass die UN-BRK Bestandteil des Aktionsplanes des Landschaftsverbandes Rheinland sei. Es müsse aber auch erkannt werden, dass es einen Generationenwechsel in den Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland gebe. Viele in der Psychiatrie tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten keine direkten Erfahrungen mit der NS-Vergangenheit, der Psychiatrie-Enquete und mit den menschenunwürdigen Verhältnissen in der Psychiatrie in den 60er Jahren. Die Psychiatrie-Enquete sei mit großer Kraftanstrengung umgesetzt worden. Es stelle sich die Frage, wie das Wissen um Menschenrechtsverletzungen und das Eintreten für die Menschenrechte an die heutige Generation weitergegeben werden könne und welche Informationsorte es im Rahmen der psychiatrischen Versorgung zu dieser Thematik gebe. Es sei positiv hervorzuheben, dass sich die Psychiatriemuseen in den LVR-Kliniken Bonn und Düren im Aufbau befinden. Der neuen Generation müsse eine Konzeption vermittelt werden, aus der sie lernen könne.

Herr Kresse bittet die Verwaltung, der politischen Vertretung in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen, welche Konzeption zur Bewussthaltung der Psychiatriegeschichte und damit verbunden zur Menschenrechtsbildung im Psychiatriebereich besteht.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.

Punkt 11.1
Lebensdauerkosten bei Bauten berücksichtigen
Antrag 14/126 FDP

Der Antrag wird ohne Votum in den Landschaftsausschuss verschoben.

Punkt 11.2
Fachhochschule des LVR für Soziales und Gesundheit prüfen
Antrag 14/127 FDP

Der Antrag wird ohne Votum in den Landschaftsausschuss verschoben.

Punkt 12
Beschlusskontrolle

Der öffentliche Teil der Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 13
Mitteilungen der Verwaltung

Frau Wenzel-Jankowski weist auf folgende Veranstaltungen hin:

- Bundesweite Aktionswoche Demenz im LVR-Klinikverbund vom 19.09. - 02.10.2016 und
- Fachtagung Diagnose "Demenz" - auch die Angehörigen sind betroffen" am 02.11.2016 in der LVR-Klinik Düren.

Sie würde es begrüßen, wenn zu beiden Veranstaltungen Mitglieder der politischen Vertretung der Landschaftsversammlung Rheinland kommen würden.

Punkt 14
Verschiedenes

Keine Anmerkungen.

Aachen, 24.10.2016

Die Vorsitzende

Schulz

Köln, 30.09.2016

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Wenzel-Jankowski